**Beschluss des Gerichts für den öffentlichen Dienst (Erste Kammer) vom 14. Juli 2015 — Roda/
Kommission**

(Rechtssache F-109/14) ⁽¹⁾

(Öffentlicher Dienst — Dienstbezüge — Hinterbliebenenversorgung — Art. 27 des Anhangs VIII des Statuts — Anspruch des geschiedenen Ehegatten des verstorbenen Beamten — Unterhaltszahlung zu Lasten des verstorbenen Beamten — Obergrenze für die Hinterbliebenenversorgung — Offensichtlich unbegründete Klage)

(2015/C 279/66)

Verfahrenssprache: Italienisch

Parteien

Klägerin: Silvana Roda (Ispra, Italien) (Prozessbevollmächtigte: Rechtsanwältin L. Ribolzi)

Beklagte: Europäische Kommission (Prozessbevollmächtigte: J. Curall und G. Gattinara)

Gegenstand der Rechtssache

Antrag auf Aufhebung der Entscheidung der Kommission, die Hinterbliebenenversorgung für die Klägerin, die ehemalige Ehegattin eines verstorbenen Beamten, nicht zu erhöhen

Tenor des Beschlusses

1. Die Klage wird als offensichtlich unbegründet abgewiesen.
2. Frau Roda trägt ihre eigenen Kosten und wird verurteilt, die der Europäischen Kommission entstandenen Kosten zu tragen.

⁽¹⁾ ABl. C 7 vom 12.1.2015, S. 54.

**Beschluss des Gerichts für den öffentlichen Dienst (Dritte Kammer) vom 16. Juli 2015 — FG/
Europäische Kommission**

(Rechtssache F-20/15) ⁽¹⁾

(Öffentlicher Dienst — Beamte — Reform des Statuts — Verordnung Nr. 1023/2013 — Funktionsbezeichnungen — Übergangsvorschriften zur Einstufung in die Funktionsbezeichnungen — Art. 30 Abs. 2 des Anhangs XIII des Statuts — Anwartschaft auf Beförderung in die höhere Besoldungsgruppe — Beförderungsverfahren 2014 — Verwaltungsrat, der keine „besonderen Zuständigkeiten“ ausübt — Möglichkeit der Beförderung nur bis Besoldungsgruppe AD 12 — Nichtaufnahme des Namens dieses Verwaltungsrats in die Liste der beförderungsfähigen Beamten der Besoldungsgruppe AD 12 — Möglichkeit, die Anwendung von Art. 30 Abs. 3 des Anhangs XIII des Statuts zu beantragen — Stichtag 31. Dezember 2015 — Zulässigkeit der Klage — Begriff der beschwerenden Maßnahme — Änderung der elektronischen Personalakte des Beamten — Verwaltungsmitteilungen — Verbreitung über das Intranet des Organs — Nichtbeachtung der Anforderungen in Zusammenhang mit dem vorgerichtlichen Verfahren — Art. 81 der Verfahrensordnung)

(2015/C 279/67)

Verfahrenssprache: Französisch

Parteien

Kläger: FG (Prozessbevollmächtigte: Rechtsanwältin M. Velardo)

Beklagte: Europäische Kommission (Prozessbevollmächtigte: T. S. Bohr und C. Ehrbar im Beistand von Rechtsanwalt B. Wägenbaur)

Gegenstand der Rechtssache

Klage auf Aufhebung der Entscheidung, den Kläger im Rahmen des Beförderungsverfahrens 2014 nicht in die Liste der zur Beförderung nach Besoldungsgruppe AD 13 vorgeschlagenen Beamten aufzunehmen

Tenor des Beschlusses

1. Die Klage wird als offensichtlich unzulässig abgewiesen.
2. Jede Partei trägt ihre eigenen Kosten.

⁽¹⁾ ABl. C 127 vom 20.4.2015, S. 41.

Beschluss des Gerichts für den öffentlichen Dienst (Dritte Kammer) vom 15. Juli 2015 — De Esteban Alonso/Kommission

(Rechtssache F-35/15) ⁽¹⁾

(Öffentlicher Dienst — Art. 24 des Statuts — Antrag auf Beistand — Strafverfahren bei einem nationalen Gericht — Nebenklägerstatus der Kommission — Offensichtlich unbegründete Klage)

(2015/C 279/68)

Verfahrenssprache: Französisch

Parteien

Kläger: Fernando De Esteban Alonso (Saint-Martin-de-Seignanx, Frankreich) (Prozessbevollmächtigter: Rechtsanwalt C. Huglo)

Beklagte: Europäische Kommission (Prozessbevollmächtigte: J. Currall und C. Ehrbar)

Gegenstand der Rechtssache

Klage auf Aufhebung der Entscheidung der Kommission, den Antrag des Klägers auf Beistand abzulehnen, obwohl gegen ihn wegen Veruntreuung von Mitteln aus dem Gemeinschaftshaushalt ermittelt wurde

Tenor des Beschlusses

1. Die Klage wird als offensichtlich unbegründet abgewiesen.
2. Herr De Esteban Alonso trägt seine eigenen Kosten und wird verurteilt, die Kosten der Europäischen Kommission zu tragen.

⁽¹⁾ ABl. C 146 vom 4.5.2015, S. 52.

Beschluss des Präsidenten des Gerichts für den öffentlichen Dienst vom 15. Juli 2015 — Wolff/EAD

(Rechtssache F-94/15 R)

(Öffentlicher Dienst — Vorläufiger Rechtsschutz — Antrag auf Aussetzung des Vollzugs — Wahlen zur Personalvertretung — Dringlichkeit — Fehlen — Abwägung der bestehenden Interessen)

(2015/C 279/69)

Verfahrenssprache: Französisch

Parteien

Antragsteller: Oren Wolff (Etterbeek, Belgien) (Prozessbevollmächtigte: S. Orlandi und T. Martin)